

3 Themenbereich Klimaschutz

3.1 Alle Antworten auf die Frage:

Im Dezember dieses Jahres sollen bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen Reduktionsziele für Emissionen von Klimagasen vereinbart werden. Kommunen gelten als sehr wichtige Akteure im Klimaschutz. Welche konkreten Klimaschutzziele sollten nach Ihrer Ansicht für Karlsruhe fixiert werden?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Bereits 1999 wurde auch mit Stimmen der CDU das Agenda- 21-Konzept "Energie und globaler Klimaschutz" beschlossen. In diesem waren konkrete Klimaschutzziele für 2005 festgelegt worden. Diese wurden im Wesentlichen erreicht. Der Bereich der erneuerbaren Energien wurde sogar weit übertroffen. Die CDU hat sich für die Fortschreibung des kommunalen Klimaschutzkonzepts ausgesprochen. In diesem sollen dann neue Ziele definiert werden. Dieses wird derzeit erarbeitet. Zudem wird auch mit Zustimmung der CDU eine kommunale Energie- und CO₂-Bilanz erarbeitet und als fortschreibbares Berichtssystem konzipiert. Auf Basis von lokalen Potenzialabschätzungen können dann konkrete Minderungsziele vorschlagen werden.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Die Stadt Karlsruhe entwickelt derzeit auf Antrag der SPD ein Klimaschutzkonzept, dessen Ziele in den nächsten Monaten konkretisiert werden. Zentraler Baustein ist das mit dem jetzigen Doppelhaushalt auf den Weg gebrachte Paket zur Sanierung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere Schulen. Daneben muss der erfolgreiche Weg der Stadtwerke, Investitionen in regenerative Energien durch Bürger und Unternehmen zu fördern ausgebaut werden. Die Nutzung des Bioabfalls zur Gasgewinnung muss ebenfalls weiter ausgebaut werden, weshalb der öffentlichen Abfallentsorgung eine wichtige Rolle zukommt.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Es wichtig, dass sich der Gemeinderat auf ehrgeizige, aber realistische Ziele festlegt. Ich halte es für sinnvoll, dass die Arbeitsgruppe, die sich in den letzten Monaten mit der Erstellung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes befasst hat, hier konkrete Vorschläge erarbeitet. In dieser Arbeitsgruppe sind ja auch Vertreter der Umweltverbände vertreten, die dann ihre Vorstellungen einbringen können. Es ist schwierig, eine konkrete Prozentzahl als CO₂-Reduktionsziel für ganz Karlsruhe zu benennen. Wenn wir nämlich die Industrie mit einrechnen, müssen wir leider davon ausgehen, dass uns der neue EnBW-Kohleblock fast eine Verdopplung der derzeit in Karlsruhe emittierten CO₂-Mengen "beschert". Für die im Einfluss der Kommune liegenden Bereiche (z.B. Verkehr, Energieverbrauch, erneuerbare Energien) halte ich eine CO₂-Reduktion von 20% innerhalb der nächsten 10 Jahre für eine zwar ambitionierte, aber realisierbare Größenordnung.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Die Frist für die 1999 vom Gemeinderat verabschiedeten CO₂-Reduktionsziele ist 2005 abgelaufen. Nun ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat auf neue, ehrgeizige, aber gleichzeitig realistische Ziele festlegt. Ich halte es für sinnvoll, dass die Arbeitsgruppe, die sich in den letzten Monaten mit der Erstellung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes befasst hat, hier konkrete Vorschläge erarbeitet. In dieser Arbeitsgruppe sind ja auch Vertreter der Umweltverbände vertreten, die dann ihre Vorstellungen einbringen können. Es ist schwierig, eine konkrete Prozentzahl als CO₂-Reduktionsziel für ganz Karlsruhe zu benennen. Wenn wir nämlich die Industrie mit einrechnen, müssen wir leider davon ausgehen, dass uns der neue EnBW-Kohleblock fast eine Verdopplung der derzeit in Karlsruhe emittierten CO₂-Mengen "beschert". Für die im Einfluss der Kommune liegenden Bereiche (z.B. Verkehr, Energieverbrauch, erneuerbare Energien) halte ich eine CO₂-Reduktion von 20% innerhalb der nächsten 10 Jahre für eine zwar ambitionierte, aber realisierbare Größenordnung.

Kommunalwahl 2009 – Wahlprüfsteine der Karlsruher Natur- und Umweltschutzverbände

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Die Frist für die 1999 vom Gemeinderat verabschiedeten CO₂-Reduktionsziele ist 2005 abgelaufen. Nun ist es wichtig, dass sich der Gemeinderat auf neue, ehrgeizige, aber gleichzeitig realistische Ziele festlegt. Ich halte es für sinnvoll, dass die Arbeitsgruppe, die sich in den letzten Monaten mit der Erstellung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes befasst hat, hier konkrete Vorschläge erarbeitet. In dieser Arbeitsgruppe sind ja auch Vertreter der Umweltverbände vertreten, die dann ihre Vorstellungen einbringen können. Es ist schwierig, eine konkrete Prozentzahl als CO₂-Reduktionsziel für ganz Karlsruhe zu benennen. Wenn wir nämlich die Industrie mit einrechnen, müssen wir leider davon ausgehen, dass uns der neue EnBW-Kohleblock fast eine Verdopplung der derzeit in Karlsruhe emittierten CO₂-Mengen "beschert". Für alle anderen Bereiche (z.B. Verkehr, Energieverbrauch, erneuerbare Energien) halte ich eine CO₂-Reduktion von 20% innerhalb der nächsten 10 Jahre für eine zwar ambitionierte, aber realisierbare Größenordnung.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Die Frist für die 1999 vom Gemeinderat verabschiedeten CO₂-Reduktionsziele ist 2005 abgelaufen. Der Gemeinderat sollte sich auf neue, ehrgeizige, aber gleichzeitig realistische Ziele festlegen. Ich halte es für sinnvoll, dass die Arbeitsgruppe, die sich in den letzten Monaten mit der Erstellung des Karlsruher Klimaschutzkonzeptes befasst hat, hier konkrete Vorschläge erarbeitet. In dieser Arbeitsgruppe sind ja auch Vertreter der Umweltverbände vertreten, die dann ihre Vorstellungen einbringen können. Es ist schwierig, eine konkrete Prozentzahl als CO₂-Reduktionsziel für ganz Karlsruhe zu benennen, da der neue EnBW-Kohleblock fast eine Verdopplung der derzeit in Karlsruhe emittierten CO₂-Mengen mit sich bringen wird. Für alle anderen Bereiche (z.B. Verkehr, Energieverbrauch, erneuerbare Energien) halte ich eine CO₂-Reduktion von 20% innerhalb der nächsten 10 Jahre für ein ambitioniertes, aber realisierbares Ziel.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Hier sollten wir nicht mit "kleiner Münze" arbeiten - die Lösung hängt von den nationalen Maßnahmen ab.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste setzt sich für die Umsetzung des unter Mitwirkung der Umweltverbände entwickelten Klimaschutzprogramms der Stadt Karlsruhe ein. Die KAL hat dort wesentliche Beiträge geliefert. Details bitte dort entnehmen: Die Aufzählung würde den Rahmen der Antwort sprengen.

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

Ziele formulieren reicht nicht. Es muss zu Maßnahmen kommen, wie z. B. großzügiger Förderung von Energiemaßnahmen an Gebäuden. Die Stadt muss mit ihren Liegenschaften vorangehen.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BüKA

Siehe auch 3.2.

3.2 Alle Antworten auf die Frage:

Maßnahmen zur Energieeinsparung können entlastend sowohl auf Haushalt wie auf den Klimagasausstoß wirken. Welche Strategien verfolgen Sie hierzu, welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Energieeffizienz und Energieeinsparung sind wichtige Zukunftsthemen. Ein Drittel des Energieverbrauchs entfällt auf die Beheizung von Gebäuden und auf die Warmwasseraufbereitung. Das Einsparpotenzial von CO₂ im Gebäudebestand liegt bei rund 80 Prozent. Die vielen städtischen Liegenschaften, die mittlerweile in die Jahre gekommen sind, und müssen sukzessive grundlegend saniert werden.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Siehe Antwort oben; außerdem unterstützen wir die Volkswohnung als zentralem Akteur auf dem Karlsruher Wohnungsmarkt bei ihren vorbildlichen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, wie dem Einbau von Blockheizkraftwerken.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Hier ist es zunächst wichtig, dass die Stadt und ihre Gesellschaften, z.B. die Volkswohnung, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre eigenen Gebäude energetisch auf den neuesten Stand bringen. Wir setzen uns beispielsweise dafür ein, dass der geplante Rathausumbau zu einem Modellprojekt für energetische Optimierung werden soll. Außerdem fordern wir als GRÜNE Fraktion, dass die Stadt energetische Gebäudesanierungen durch Private finanziell unterstützt. Darüber hinaus muss das Beratungsangebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Dabei ist es wichtig, auch einkommensschwache Haushalte zu erreichen, für die gestiegene Energiekosten auch ein finanzielles Problem darstellen. Handwerker und Architekten müssen mit ins Boot - hier kann die Karlsruher Klimaschutz- und Energieagentur zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsarbeit leisten.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Hier ist es zunächst wichtig, dass die Stadt und ihre Gesellschaften, z.B. die Volkswohnung, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre eigenen Gebäude energetisch auf den neuesten Stand bringen. Wir setzen uns beispielsweise dafür ein, dass der geplante Rathausumbau zu einem Modellprojekt für energetische Optimierung werden soll. Außerdem fordern wir als GRÜNE Fraktion, dass die Stadt energetische Gebäudesanierungen durch Private finanziell unterstützt. Darüber hinaus muss das Beratungsangebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Dabei ist es wichtig, auch einkommensschwache Haushalte zu erreichen, für die die gestiegenen Energiekosten auch ein finanzielles Problem darstellen. Hier kann also gleichzeitig etwas für den Klimaschutz und gegen Armutsbekämpfung getan werden. Auch Handwerker und Architekten müssen mit ins Boot - hier kann die Karlsruher Klimaschutz- und Energieagentur zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsarbeit leisten. Diese wird hoffentlich in den nächsten Monaten ihre Arbeit aufnehmen. Außerdem dränge ich zusammen mit der GRÜNEN Fraktion schon seit langem darauf, dass für jeden Bebauungsplan ein Energiekonzept unter Hinzuziehung eines Energieexperten erarbeitet wird. Bereits bei der Anordnung der Baugrundstücke in einem B-Plan werden wichtige Weichen hinsichtlich der energetischen Optimierung gestellt.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Hier ist es zunächst wichtig, dass die Stadt und ihre Gesellschaften, z.B. die Volkswohnung, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre eigenen Gebäude energetisch auf den neuesten Stand bringen. Wir setzen uns beispielsweise dafür ein, dass der geplante Rathausumbau zu einem Modellprojekt für energetische Optimierung werden soll. Außerdem sollte die Stadt energetische Gebäudesanierungen durch Privat-Eigentümer finanziell unterstützen. Darüber hinaus muss das Beratungsangebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Dabei ist es wichtig, auch einkommensschwache Haushalte zu erreichen, für die die gestiegenen Energiekosten auch ein finanzielles Problem darstellen. Hier kann also gleichzeitig etwas für den Klimaschutz und gegen Armutsbekämpfung getan werden. Auch Handwerker und Architekten müssen mit ins Boot - hier kann die Karlsruher Klimaschutz- und Energieagentur zusätzliche Beratungs- und Vernetzungsarbeit leisten. Diese wird hoffentlich in den nächsten Monaten ihre Arbeit aufnehmen. Außerdem sollte für jeden Bebauungsplan ein Energiekonzept unter Hinzuziehung eines Energieexperten erarbeitet werden. Denn bereits bei der Anordnung der Baugrundstücke in einem B-Plan werden wichtige Weichen hinsichtlich der energetischen Optimierung gestellt.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Zum einen sollten die Stadt und ihre Gesellschaften, z.B. die Volkswohnung, mit gutem Beispiel vorangehen und ihre eigenen Gebäude energetisch auf den neuesten Stand bringen. Die GRÜNEN setzen sich beispielsweise dafür ein, dass der geplante Rathausumbau zu einem Modellprojekt für energetische Optimierung werden soll. Außerdem sollte die Stadt energetische Gebäudesanierungen durch Privat-Eigentümer finanziell unterstützen. Zum anderen muss das Beratungsangebot weiter ausgebaut und verbessert werden. Dabei ist es wichtig, auch einkommensschwache Haushalte zu erreichen, für die die gestiegenen Energiekosten auch ein finanzielles Problem darstellen. Hier kann also gleichzeitig etwas für den Klimaschutz und gegen Armutsbekämpfung getan werden. Die in den Startlöchern stehende Karlsruher Klimaschutz- und Energieagentur sollte hier beraten und zusätzlich vernetzen, gerade auch mit Handwerkern und Architekten. Des Weiteren drängt die GRÜNEN Fraktion schon seit langem darauf, dass für jeden Bebauungsplan ein Energiekonzept unter Hinzuziehung eines Energieexperten erarbeitet wird. Bereits bei der Anordnung der Baugrundstücke in einem B-Plan werden wichtige Weichen hinsichtlich der energetischen Optimierung gestellt.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Wir werden unverdrossen weiter Anträge im Gemeinderat zur energiesparenden Sanierung stellen, obwohl uns zuletzt leider zwei Anträge von der Mehrheit abgelehnt worden sind.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste stellt regelmäßig Anträge für mehr Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden und zur Bereitstellung der Mittel dazu. Alle Jahre wieder stellt die KAL zusammen mit anderen Fraktionen den Antrag, die städtischen Flotten (Busse, Lkw, zum Teil auch Pkw) auf Erdgas oder Biotreibstoffe der 2. Generation umzustellen - bisher wegen Verwaltungswiderstand ohne durchschlagenden Erfolg. Manche städtischen Gesellschaften wehren sich unverständlicherweise. Als strategische Maßnahme haben wir zum Doppelhaushalt der Stadt für die Jahre 2009/2010 den Antrag auf einen Klimaschutzfonds (2 Mio Euro jährlich) gestellt.

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

Wir werden die Diskussion aufmerksam verfolgen und uns dann für die Maßnahmen entscheiden, die ökologisch am wirkungsvollsten sind und nicht zu sozialen Nachteilen führen (z. B. Mieterhöhungen, die zu sozialen Nachteilen führen).

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA

Unsere Lebensgrundlagen sind die globalen und die lokalen Umweltbedingungen, die wir auch durch unsere kommunalen Entscheidungen beeinflussen. Es ist von existenzieller Bedeutung, ob und wie wir Luft, Wasser, Böden, Flora und Fauna als Wirtschaftsgüter behandeln oder nachhaltig schützen und erhalten. Dazu gehört ein Umdenken auch in der kommunalen Energieerzeugung und -verwendung, eine Schwerpunktsetzung in der Förderung von innovativen technischen Ansätzen im Bereich der alternativen Energiegewinnung und der Energieeinsparung und damit eine relevante Senkung des CO₂ Ausstoßes.

3.3 Alle Antworten auf die Frage:

Welche Maßnahmen zum Ausbau regenerativer Energien sollten durch die Stadt Karlsruhe umgesetzt bzw. gefördert werden?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Auch auf kommunaler Ebene müssen wir uns mit dem Thema der knappen fossilen Energieträger und regenerativen Energien intensiv auseinandersetzen. Mit den regenerativen Projekten der Stadtwerke und den zahlreichen regenerativen Projekten des Amtes für Abfallwirtschaft befinden wir uns in Karlsruhe auf einen guten Weg. Mit dem Internetprojekt "Erneuerbare Energien vor Ort" wird zudem eine Plattform eingerichtet, in der erneuerbare Energieträger im Stadtgebiet übersichtlich auf einer Online-Karte dokumentiert werden und der Erfahrungsaustausch zwischen einzelnen Nutzern gefördert wird.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Außer den oben genannten müssen hier vor allem die Schulen als Orte konkreten Lernens unterstützt werden.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Mit den Bürgersolarparks I und II sind wir auf einem guten Weg. Aber auch die Solarthermienutzung muss in Karlsruhe weiter vorankommen, beispielsweise ist sie bei Schwimmbädern optimal einsetzbar. Bei der Windkraft sorgt leider die restriktive Verhinderungspolitik der Landesregierung und auch des Regionalverbands dafür, dass wir hier in Karlsruhe momentan noch nicht recht voran gekommen. Hier werden wir im Regionalverband immer wieder darauf drängen, dass weitere Vorrangflächen auf für Investoren attraktiven Standorten ausgewiesen werden. Ein großes Potential steckt noch in der Geothermie, wobei bei der oberflächennahen Geothermie im Einzelfall abgewogen werden muss, ob sie dem Klimaschutz dient. Die hier eingesetzten Wärmepumpen benötigen sehr viel Strom. Auch die Biomassenutzung kann in Karlsruhe noch ausgebaut werden. Deshalb drängen wir GRÜNEN schon seit langem auf eine Optimierung und Erweiterung der Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost.

Kommunalwahl 2009 – Wahlprüfsteine der Karlsruher Natur- und Umweltschutzverbände

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Mit den Bürgersolarparks I und II sind wir auf einem guten Weg. Ich hoffe sehr und werde bei den Stadtwerken darauf drängen, dass weitere hinzukommen. Aber auch die Solarthermienutzung muss in Karlsruhe weiter vorankommen, beispielsweise ist sie bei Schwimmbädern optimal einsetzbar. Bei der Windkraft sorgt leider die restriktive Verhinderungspolitik der Landesregierung und auch des Regionalverbands dafür, dass wir hier in Karlsruhe in den letzten Jahren nicht recht voran gekommen sind. Hier werden wir im Regionalverband immer wieder darauf drängen, dass weitere Vorrangflächen auf für Investoren attraktiven Standorten ausgewiesen werden. Ein großes Potential steckt noch in der Geothermie, wobei bei der oberflächennahen Geothermie im Einzelfall abgewogen werden muss, ob sie dem Klimaschutz dient. Die hier eingesetzten Wärmepumpen benötigen sehr viel Strom. Auch die Biomassenutzung kann in Karlsruhe noch ausgebaut werden. Deshalb drängen wir GRÜNEN schon seit langem auf eine Optimierung und Erweiterung der Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Mit den Bürgersolarparks I und II sind wir auf einem guten Weg. Ich hoffe, sehr, dass weitere hinzukommen werden. Aber auch die Solarthermienutzung muss weiter vorankommen, beispielsweise ist sie bei Schwimmbädern optimal einsetzbar. Bei der Windkraft sorgt leider die restriktive Verhinderungspolitik der Landesregierung und auch des Regionalverbands dafür, dass wir hier in Karlsruhe in den letzten Jahren nicht recht voran gekommen sind. Ein großes Potential steckt noch in der Geothermie, wobei bei der oberflächennahen Geothermie im Einzelfall abgewogen werden muss, ob sie dem Klimaschutz dient. Die hier eingesetzten Wärmepumpen benötigen sehr viel Strom. Auch die Biomassenutzung kann in Karlsruhe noch ausgebaut werden. Deshalb drängen wir GRÜNEN schon seit langem auf eine Optimierung und Erweiterung der Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Mit den Bürgersolarparks I und II sind wir auf einem guten Weg, der hoffentlich noch weiter ausgebaut wird. Aber auch die Solarthermienutzung muss weiter vorankommen, beispielsweise ist sie bei Schwimmbädern optimal einsetzbar. Bei der Windkraft sorgt leider die restriktive Verhinderungspolitik der Landesregierung und auch des Regionalverbands dafür, dass wir hier in Karlsruhe in den letzten Jahren nicht recht voran gekommen sind. Ein großes Potenzial steckt noch in der Geothermie. Dabei muss bei der oberflächennahen Geothermie im Einzelfall abgewogen werden muss, ob sie dem Klimaschutz dient, da die hier eingesetzten Wärmepumpen sehr viel Strom benötigen. Auch die Biomassenutzung kann in Karlsruhe noch ausgebaut werden. Deshalb drängen wir GRÜNEN schon seit langem auf eine Optimierung und Erweiterung der Biovergärungsanlage auf der Deponie Ost.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Wir unterstützen hier die guten Maßnahmen der Stadtwerke.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste hat den Bau der Windräder auf dem Müllberg unterstützt und wünscht einen begrenzten Ausbau der Windenergienutzung in der Region (mehr als die Region derzeit zulassen will) in Abwägung mit Landschaftsschutzaspekten. Die KAL wird weiterhin den Ausbau der Solarenergienutzung unterstützen und ist für neue Blockheizkraftwerke für Strom und Heizwärme in Nicht-Vorranggebieten für Fernwärme. Die Solarparks der Stadtwerke gehen wesentlich auf die politische Arbeit der KAL zurück. Die laufende Prüfung, ob und wo ein Tiefengeothermieprojekt in Karlsruhe möglich ist, geht wesentlich auf die politische Arbeit der KAL zurück.

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

s. Antwort 3.2.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA

Dazu gehören ebenfalls die unbürokratische Förderung von energetischen Gebäudesanierungen wie die Vermeidung vom Bau von Atom- oder Kohlekraftwerken am energiereichsten Wasserstrom Europas.

3.4 Alle Antworten auf die Frage:

Die Sterberate an Lungenkrebs im Stadtkreis Karlsruhe ist die dritthöchste in Baden-Württemberg (Stand 2007). Feinstaub- und Stickoxidgrenzwerte werden regelmäßig überschritten. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Feinstaub- und Stickoxidbelastungen senken?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Die Erfolgsaussichten kommunaler Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sind bei allen Anstrengungen auf lokaler Ebene eng begrenzt, solange der Schadstoffausstoß von Pkw und Lkw nicht durch eine zügige Einführung strengerer Abgasstandards durch die EU gesenkt wird. Denn Umweltzonen allein helfen nicht, das Feinstaubproblem oder ab 2010 das Stickoxidproblem in den Griff zu bekommen.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Außenluft: Luftreinhalteplan umsetzen; Innenluft: Rauchverbot; auf ökologisch verträgliche Lacke, Farben und Möbel achten.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Die Luftverschmutzung in Karlsruhe ist viel zu hoch und muss dringend reduziert werden. Die zusätzlichen Immissionen durch das EnBW-Kohlekraftwerk und den Verbrennungsofen von StoraEnso müssen durch die Abschaltung von Altanlagen zumindest teilweise kompensiert werden. Ich werde weiterhin auf zusätzliche Immissionsmessungen in den betroffenen Stadtteilen drängen, um ggf. Grenzwertüberschreitungen nachweisen und von der Industrie Nachbesserungen fordern zu können.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Die Luftverschmutzung in Karlsruhe ist besorgniserregend und muss dringend reduziert werden. Auch deshalb setze ich auf eine Verkehrspolitik, die emissionsfreie Mobilität zum Ziel hat und den Umweltverbund aus Fahrrad, Zu-Fuß-Gehen und ÖPNV konsequent voran bringt. Aber auch die Industrie muss mit ins Boot. Die zusätzlichen Immissionen durch das EnBW-Kohlekraftwerk und den Verbrennungsofen von StoraEnso müssen durch die Abschaltung von Altanlagen kompensiert werden. Ich werde weiterhin auf zusätzliche Immissionsmessungen in den betroffenen Stadtteilen drängen, um ggf. Grenzwertüberschreitungen nachweisen und von der Industrie Nachbesserungen fordern zu können.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Die Luftverschmutzung in Karlsruhe ist besorgniserregend und muss dringend reduziert werden. Deshalb sind die Maßnahmen zum Verkehr (s. o.) wichtig. Aber auch die Industrie muss mit ins Boot. Die zusätzlichen Immissionen durch das EnBW-Kohlekraftwerk und den Verbrennungsofen von StoraEnso müssen durch die Abschaltung von Altanlagen kompensiert werden. Ich werde weiterhin auf zusätzliche Immissionsmessungen in den betroffenen Stadtteilen drängen, um ggf. Grenzwertüberschreitungen nachweisen und von der Industrie Nachbesserungen fordern zu können.

Kommunalwahl 2009 – Wahlprüfsteine der Karlsruher Natur- und Umweltschutzverbände

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Die Luftverschmutzung in Karlsruhe ist besorgniserregend und muss dringend reduziert werden. Maßnahmen zum Verkehr sind hier ebenso wichtig wie Anstrengungen der Industrie. Die zusätzlichen Immissionen durch das EnBW-Kohlekraftwerk und den Verbrennungsofen von StoraEnso müssen durch die Abschaltung von Altanlagen kompensiert werden. Es sind weiterhin zusätzliche Immissionsmessungen in den betroffenen Stadtteilen durchzuführen, um ggf. Grenzwertüberschreitungen nachweisen und von der Industrie Nachbesserungen fordern zu können.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Strikte Einhaltung und Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die entscheidenden menschlich verursachten Quellen für Feinstaub und Stickoxid in der Stadt sind Hausheizung und Verkehr. Die Karlsruher Liste hält daher die Energieeinsparung für essentiell, um die Emissionen mittelfristig stärker zu verringern. Wir haben daher regelmäßig Anträge für mehr Energiesparmaßnahmen bei städtischen Gebäuden und zur Bereitstellung der Mittel dazu gestellt (siehe Frage 3.2). Die Karlsruher Liste setzt sich im Bereich Verkehr einerseits für einen Vorrang des ÖPNV und Umweltverbundes und andererseits für Maßnahmen/Anreize zur Reduzierung des MIV ein. Wir haben auch die Einführung der Karlsruher Umweltzone grundsätzlich begrüßt. Allerdings sind die Effekte aufgrund des stufenweisen Vorgehens (Fahrzeuge mit roter Plakette sind noch bis 31.12.2011 einfahrtsberechtigt) sowie der vielen Ausnahmeregelungen derzeit noch gering. Mit Einführung weiterer Stufen sollte sich eine Verbesserung ergeben. Der Zeitplan sowie die Ausnahmeregelungen erfordern nach Auffassung der KAL eine Überprüfung hinsichtlich der Zielerfüllung. Die Karlsruher Liste möchte einen weiteren Ausbau der regenerativen Energien, um emittierende Energiegewinnungsformen reduzieren zu können (siehe Frage 3.3).

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

Durch Reduzierung des MIV. In wie weit lokale Maßnahmen überhaupt effektiv sein können, sollte ernsthaft diskutiert werden. Auch hier scheint mehr regionale Zusammenarbeit erforderlich zu sein. Auf jeden Fall keine Erhöhung des MIV durch 2. Rheinbrücke und Nordtangente.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA

Da mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und KAL nun mal das Kohlekraftwerk gebaut werden darf, setzen wir uns dafür ein, dass die strengst mögliche Überwachung der Grenzwerte eingehalten wird. Ferner werden wir anregen, die strengen Europäischen Emissionsrichtlinien einzuhalten.

3.5 Alle Antworten auf die Frage:

Mit dem Bau zweier Großemittenten (EnBW Kohlekraftwerk und Verbrennungsanlage der Papierfabrik Stora Enso) im Karlsruher Westen steigen die Belastungen für die Bürger weiter. Unter welchen Kriterien würden Sie weiteren Großemittenten zustimmen?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Die Voraussetzungen für immissionsschutzrechtliche Genehmigungen von Großemittenten ergeben sich aus dem BImSchG mit seinen Verordnungen. Oftmals sind aufgrund moderner Technik die gesetzlichen Standards eingehalten, ja die Werte liegen sogar unterschreiten die sog. immissionsschutzrechtlichen Irrelevanzschwellen. Bis dato ist keine kumulierte Betrachtung von neuen und alten Emittenten gesetzlich verankert, dies wäre sicherlich ein geeignetes Instrument für die Zukunft. Diese Änderung müsste aber auf Bundesebene erfolgen.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Diese Frage ist zu pauschal, da zunächst definiert werden müsste, was ein Großemittent ist; im Augenblick sieht die SPD allerdings keinen Anlass, Zustimmungserklärungen für nebulöses abzugeben.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Der Ansiedlung weiterer Großemittenten würde ich nur zustimmen, wenn die Luftbelastungen in Karlsruhe in der Summe dadurch nicht steigen würden, wenn also die Zusatzbelastungen durch die Abschaltung von Altanlagen am selben Standort kompensiert würden. Aber das ist wohl eher unrealistisch. Insofern gehe ich davon aus, dass ich auch zukünftig weitere Großemittenten in Karlsruhe ablehnen werde.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Der Ansiedlung weiterer Großemittenten würde ich nur zustimmen, wenn die Luftbelastungen in Karlsruhe in der Summe dadurch nicht steigen würden, wenn also die Zusatzbelastungen durch die Abschaltung von Altanlagen am selben Standort kompensiert würden. Aber das ist wohl eher unrealistisch. Insofern gehe ich davon aus, dass ich auch zukünftig weitere Großemittenten in Karlsruhe ablehnen werde.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Weitere Großemittenten sind angesichts der aktuellen Gesamt-Belastung in Karlsruhe nicht tragbar.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Weitere Großemittenten sind in Anbetracht der aktuellen Gesamt-Belastung in Karlsruhe in keiner Weise tragbar.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Nur nach einer Gesamtemissionsbetrachtung anstelle einer Einzelbewertung.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste hält die Grenzen der Luftbelastung im Karlsruher Westen für erreicht. Wir werden daher keinem weiteren Großemittenten auf Karlsruher Gemarkung zustimmen, sofern die Zuständigkeit der Entscheidung beim Karlsruher Gemeinderat liegt.

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

Nach unserer Kenntnis haben weitere Großemittenten im Karlsruher Stadtgebiet keinen Platz mehr.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA
Unter keinen!

3.6 Alle Antworten auf die Frage:

Falls Sie bereits im Gemeinderat sind: Wie haben Sie beim Kohlekraftwerk und der Verbrennungsanlage von Stora Enso abgestimmt?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Die Stromversorgung ist für eine industrielle Gesellschaft unabdingbar. Das moderne und hochtechnisierte Kohlekraftwerk der EnBW sichert die Energieversorgung im Grundlastbereich, mit 48 % ist sein Wirkungsgrad sehr hoch. Es zeichnet sich durch eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um rund 30 % gegenüber dem Weltdurchschnitt und rund 15 % gegenüber Altanlagen aus. Durch den Neubau werden zudem andere Kraftwerke mit höherem Schadstoffausstoß vom Netz genommen. Die CO₂-Emissionen werden überregional nicht erhöht. Erneuerbare Energien können die Grundversorgung heute noch nicht sicherstellen. Zudem konnte erreicht werden, dass EnBW, die Emissionswerte von Staub, Stickoxiden und Kohlenmonoxid auf der Basis der Jahresmittelwerte halbiert. Ferner hat EnBW zugesagt, die weit unter den gesetzlichen Vorgaben liegenden Werte nicht zurückzunehmen und künftig weitere Reduktionen vorzunehmen, wenn sich die Technik verbessert sowie die Schwermetalle am Schornstein zu messen und nur den Qualitätsstandards genügende Kohle einzusetzen. Die ebenfalls durch das Regierungspräsidiums genehmigte Verbrennungsanlage der Firma "StoraEnso" hat ebenso alle gesetzlichen Standards eingehalten. Die Realisierung des Vorhabens sichert der Firma StoraEnso die Eigenständigkeit bei der Energieversorgung des Werkes und damit letztendlich auch dessen Wettbewerbsfähigkeit. Da das Vorhaben auch bei Einhaltung der gesetzlichen Standards und trotz Unterschreitung immissionsschutzrechtlicher Irrelevanzschwellen aber auch eine zusätzliche Belastung des Stadtgebietes mit Luftschadstoffen mit sich bringt, hat sich die CDU Fraktion dafür ausgesprochen, dass die Schadstoffbelastung, insbesondere Feinstaub und Schwermetalle, auch über das gesetzlich gebotene Maß hinaus so weit wie technisch möglich zu reduzieren sind. Dies wurde im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von der Genehmigungsbehörde berücksichtigt.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Die SPD-Fraktion hat dem Bebauungsplan Fettweißstraße zugestimmt. Stora Enso war nicht Gegenstand eines Abstimmungsverfahrens im Gemeinderat.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Ich bin noch nicht im Gemeinderat.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Sowohl das Kohlekraftwerk als auch die Verbrennungsanlage von StoraEnso habe ich abgelehnt. Da bei StoraEnso die Entscheidungsbefugnis allerdings nicht bei der Stadt Karlsruhe bzw. beim Gemeinderat lag, habe ich zusammen mit der GRÜNEN-Fraktion einen Antrag gestellt, dass die Stadt förmlich Widerspruch gegen die Anlage einlegen soll. Leider hat sich dafür im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Das Kohlekraftwerk und die Verbrennungsanlage von StoraEnso hätte ich abgelehnt. Auch wenn strittig ist, ob der Gemeinderat beide Anlagen überhaupt verhindern konnte, so hätte er mit einer Ablehnung doch ein deutliches Zeichen gesetzt, das die Firmen nicht übergangen hätten.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Ich bin derzeit nicht im Gemeinderat. Das Kohlekraftwerk und die Verbrennungsanlage von StoraEnso hätte ich abgelehnt. Auch wenn strittig ist, ob der Gemeinderat beide Anlagen überhaupt verhindern konnte, so hätte mit einer Ablehnung doch ein deutliches Zeichen gesetzt werden können, das die Unternehmen nicht übergangen hätten.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Dem Kohlekraftwerk haben wir zugestimmt; Stora Enso wurde nicht von der Stadt, sondern vom RP entschieden. Hier haben wir die zustimmende Stellungnahme der Stadtverwaltung mitgetragen.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste hat nach langer interner, intensiver Diskussion im Gemeinderat keine einheitliche Meinung zum Kohlekraftwerk vertreten. Im Gemeinderat haben zwei Personen mit Nein und zwei Personen mit Ja gestimmt. Negative Aspekte bei der Diskussion waren dabei im Wesentlichen die (temporär) zusätzlichen Emissionen und die schon hohe Luftbelastung im Karlsruher Westen. Andererseits ist das geplante Rheinhafendampfkraftwerk (RDK) 8 aufgrund neuester Technik und Anbindung ans Fernwärmenetz der Stadt eines der effizientesten und am wenigsten klimaschädlichen Kohlekraftwerke der Welt, was auch mit durch Forderungen aus dem Karlsruher Gemeinderat erreicht wurde. Das RDK 8 dient mittelfristig auch dem Ersatz von mehreren alten Kohleblöcken in Baden-Württemberg, etwa dem RDK 7 in Karlsruhe (nach 2015), die alle relativ mehr Schadstoffe und CO₂ pro Kilowattstunde abgeben. Das RDK 8 ist also nach Auffassung der KAL kein dauerhafter Ausbau der Kohlekraftnutzung. Außerdem halten wir einen gleichzeitigen Ausstieg aus der Kernkraft, den die KAL befürwortet, und aus der Nutzung fossiler Energieträger mittelfristig (bis 2030) für nicht realisierbar. Hinsichtlich der geänderten Verbrennungsanlage von Stora Enso besitzt die Karlsruher Liste eine ablehnende Haltung. Der Karlsruher Gemeinderat konnte bei diesem Thema aber nicht entscheiden, da die Zuständigkeit beim Regierungspräsidium liegt. Der Gemeinderat konnte nur Stellung nehmen. Die KAL hat sich wie die anderen Fraktionen für eine stark einschränkende Stellungnahme ausgesprochen, die aber von der Genehmigungsbehörde (RP) nicht übernommen wurde.

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke
Dagegen.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA

Wir sind noch nicht im Gemeinderat, hätten aber garantiert abgelehnt. Wir haben als einzigste politische Gruppierung den Petitionsausschuss in dieser Sache angerufen.

3.7 Alle Antworten auf die Frage:

Soll die Beschaffung der Stadt Karlsruhe (z. B. Lebensmittel, Fahrzeuge, Gebrauchsgüter) ökologisch, fair und gentechnikfrei werden? Welche Pläne haben Sie, wie sollen sie umgesetzt und kontrolliert werden?

Antwort Alle Kandidaten - CDU

Die CDU setzt sich für eine umfassende Bewusstseinsbildung ein und hat städtische Projekte und Aktionen im Sinne der Millenniumsziele - die Stadt hat die Millenniums-Erklärung unterzeichnet - unterstützt und gefördert.

Antwort Alle Kandidaten - SPD

Ja, wo immer möglich; allerdings sind Stadträte ehrenamtlich tätig.

Antwort Alexander Geiger - B90/Die Grünen

Wir GRÜNEN haben erreicht, dass der Oberbürgermeister mittlerweile eine Dienstanweisung zur ökologischen und fairen Beschaffung im Rathaus erlassen hat, die alle Ämter anweist, nach Möglichkeit ökologische und faire Produkte zu beschaffen. Leider geht die Umsetzung in den verschiedenen Ämtern noch zu schleppend voran, so dass wir hier durch Anträge und Anfragen sicher immer wieder nachhaken müssen. Durch mehrere GRÜNE Gemeinderatsinitiativen konnten wir außerdem erreichen, dass Karlsruhe der gentechnikfreien Region beiträgt und dass alle Landwirte, die städtische Flächen bewirtschaften, dies ohne gentechnisch verändertes Saat- oder Pflanzgut tun müssen. Auch das Essen in städtischen Kantinen muss seitdem garantiert gentechnikfrei sein. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Beschaffung im Rathaus sich nach den Kriterien Ökologie, Fairer Handel und Gentechnikfreiheit ausrichtet.

Antwort Bettina Lisbach - B90/Die Grünen

Ja. Hierzu habe ich zusammen mit der GRÜNEN-Fraktion in den letzten Jahren viele Initiativen auf den Weg gebracht. Wir haben erreicht, dass der Oberbürgermeister mittlerweile eine Dienstanweisung zur ökologischen und fairen Beschaffung im Rathaus erlassen hat, die alle Ämter anweist, nach Möglichkeit ökologische und faire Produkte zu beschaffen. Leider geht die Umsetzung in den verschiedenen Ämtern noch zu schleppend voran, so dass wir hier durch Anträge und Anfragen sicher immer wieder nachhaken müssen. Durch mehrere GRÜNE Gemeinderatsinitiativen konnten wir außerdem erreichen, dass Karlsruhe der gentechnikfreien Region beiträgt und dass alle Landwirte, die städtische Flächen bewirtschaften, dies ohne gentechnisch verändertes Saat- oder Pflanzgut tun müssen. Auch das Essen in städtischen Kantinen muss seitdem garantiert gentechnikfrei sein. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass die Beschaffung im Rathaus sich nach den Kriterien Ökologie, Fairer Handel und Gentechnikfreiheit ausrichtet.

Antwort Johannes Honné - B90/Die Grünen

Ja. Hierzu hat die GRÜNE-Fraktion in den letzten Jahren viele Initiativen auf den Weg gebracht und manches erreicht. Die Umsetzung läuft allerdings schleppend und muss durch Nachhaken weiter gepusht werden. Die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderats auf die Verwaltung sind aber begrenzt. Erst die nächste Oberbürgermeisterwahl kann dieses Problem gründlich lösen.

Antwort Ute Leidig - B90/Die Grünen

Ja. Hierzu hat die GRÜNE-Fraktion in den letzten Jahren viele Initiativen auf den Weg gebracht und manches erreicht. Die Umsetzung läuft allerdings schleppend und erfordert häufiges Nachhaken - das von den GRÜNEN durch Anträge und Anfragen geleistet wird.

Antwort Alle Kandidaten - FDP

Beachtung bei den jeweiligen Beschaffungsbeschlüssen.

Antwort Alle Kandidaten - KAL

Die Karlsruher Liste ist für eine ökologische, faire und gentechnikfreie Beschaffung durch die Stadt Karlsruhe. Die KAL hat sich wie die Mehrheit des Gemeinderates auch für eine Mitgliedschaft in der gentechnikfreien Region Karlsruhe ausgesprochen. Für die Beschaffung muss es klare Dienstanweisungen mit entsprechenden Vorgaben geben. Zusätzlich hält die Karlsruher Liste den Aspekt der regionalen Beschaffung für gleichwertig wichtig. Erst vor kurzem wurden die gesetzlichen Grundlagen für eine solche "diskriminierungsfreie" Beschaffung durch die öffentliche Hand, die sich nicht allein am Preis orientiert, geschaffen.

Kommunalwahl 2009 – Wahlprüfsteine der Karlsruher Natur- und Umweltschutzverbände

Antwort Niko Fostiropoulos - Die Linke

Ja. - Die Umsetzung muss gemeinsam erarbeitet und getragen werden. Sonst wird es bei Absichtserklärungen oder Alibi-Entscheidungen bleiben. Es gibt sicher Kommunen, die da mit ihren Erfahrungen schon weiter sind und von denen wir lernen können.

Antwort Jürgen Wenzel - Freie Wähler BÜKA

Entsprechend unseres Grundsatzes "Gentechnikfreie Zone Karlsruhe" werden handeln. Lebensmittel aus der Massenproduktion und der Agrarindustrie, wie der EDEKA-Fleischwerk zeigen wir die "Rote Karte".